



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/116

23. Mai 1951.

Hinweise
auf den Inhalt:

DPS auf französischen Druck verboten	S. 1
Bolivians Zinn	S. 3
Um das Rundfunkgesetz	S. 4
Demokratische Beamte	S. 6
Lehr's zwei Seelen	S. 6

Französische Selbstatenthüllung

(sp) Die seit Jahr und Tag vorhandenen politischen Spannungen an der Saar haben sich durch das Verbot der saarländischen Demokratischen Partei bis in die Nähe einer Explosionsgefahr erhöht. Der Tatbestand ist klar: Eine demokratische Partei, vor rund vier Jahren vom französischen Militärgouverneur zugelassen, wird umstürzlerischer Absichten bezichtigt und verboten, weil sie, durch die Erfahrungen eben jener vier Jahre reicher geworden, eine politische Entwicklung genommen und sich Ziele gesetzt hat, die nicht den Vorstellungen der amtierenden Regierung in Saarbrücken und schon gar nicht denen der Regierung in Paris entsprechen.

Der französische Außenminister Schuman hat, und das ist das politisch entscheidende Faktum, an die saarländische Regierung einen Brief gerichtet, in dem diese Zusammenhänge mit erstaunlicher Offenheit dargelegt werden und das Verbot nahegelegt, d.h. also praktisch erwartet bzw. verlangt wird. Dass Ministerpräsident Hofmann dem sofort entsprechen würde, wird niemanden überraschen. Wie man aber angesichts des vorliegenden Wortlautes dieses Briefes in der Partei des Bundeskanzlers die Meldung glaubt bezweifeln zu können, das Verbot sei auf ein direktes

Eingreifen des französischen Aussenministers zurückzuführen, ist un-
erfindlich.

Der Bundeskanzler selbst freilich hat bei der Abgabe seiner
ersten Stellungnahme zum Verbot am Montag diesen Brief seines fran-
zösischen Kollegen und Freundes offenbar noch nicht gekannt und
es ist eine andere Frage, wieweit diese Kenntnis den Inhalt seiner
Erklärung verändert hätte. Jedenfalls richten sich die scharfen
Worte des Bundeskanzlers gegen die "undemokratischen Massnahmen
einer undemokratischen Regierung", über die sich auch nach seiner
Ansicht die Saarbevölkerung empört, nun in der Sache vor allen Din-
gen gegen Herrn Schuman, mit dem er seinerzeit den viel zitierten
Briefwechsel im unmittelbaren Anschluss an die Unterzeichnung des
Schumanplanes geführt hat und von dem er so hoch befriedigt war.
Wenn der Bundeskanzler das Verbot als eine unmittelbare Reaktion der
Saar-Regierung auf die Haltung der französischen Regierung in der
Saarfrage innerhalb des Schumanplanes bezeichnete, die die Saar-
Regierung als ihrem Prestige so abträglich empfunden habe, dass
sie eben zu Gewaltmassnahmen schritt, dann wird nach dem Bekannt-
werden des Schuman-Briefes fast bestürzend deutlich, wie gründlich
der Bundeskanzler sich in der politischen Bewertung dieser Frage
geirrt hat.

Eine aus Saarbrücken vorliegende dpa-Meldung weist mit Recht
darauf hin, im Saargebiet sei nah der Ansicht, dass der seinerzei-
tige Briefwechsel Schuman-Adenauer nunmehr überholt erscheine. Und
es wird als auffällig die demonstrative Art vermerkt, in der Schuman
sich entgegen den Briefwechsel mit Adenauer in der Saarfrage fest-
lege, wenn er schreibt, die niedergelegten Grundsätze im Statut sä-
hen vor, dass die saarländische Bevölkerung ihre Zukunft auf den
wirtschaftlichen Anstoss gründe, "woraus sich die politische Unab-
hängigkeit der Saar gegenüber Deutschland herleite".

Hier wird voll unterstrichen, was die Kritiker besonders auch
der Saar-Regelung innerhalb des Schumanplanes immer gesagt haben
und bereits sehr bald nach dem damaligen Briefwechsel durch einige
Aussagen Schumans bestätigt fanden, dass nämlich die französi-
sche Saarpolitik mit grösster Zielstrebigkeit die Entscheidung
einer künftigen Friedensregelung zu präjudizieren bemüht ist.

Der französische Aussenminister hat das diesmal mit so grosser Deutlichkeit klar werden lassen, dass keine Interpretierungskunst den Sinn seiner Worte wird verschleiern oder vernachlässigen können. Man wird gespannt sein dürfen, wie die Bundesregierung sich zu diesem Ereignis verhalten wird. Eine wichtige Konsequenz hat bereits Dr. Schumacher als Oppositionsführer mit der Forderung gezogen, dass es jetzt Aufgabe der deutschen Delegation in Strassburg sei, diese Angelegenheit vor dem Europarat aufzurollen und alle demokratischen Länder vor die Frage zu stellen, inwieweit sie ihre eigenen Grundsätze ernst nehmen.

+ + +

Es geht um Boliviens Zinn

P.H. Wäre Bolivien nur das Land ständiger Putsche und Bürgerkriege, so könnte man die Tatsache, dass nach einer demokratischen Wahl der Landespräsident, weil ihm der Wahlausgang nicht passt, die Regierungsgewalt statt einem gewählten Nachfolger einer Militärdiktatur übergibt und "freiwillig" die freundlicheren Gefilde des ruhigen Chile aufsucht, mit einem Achselzucken abtun. Aber Bolivien ist der grösste Zinnproduzent der Welt und der grösste Zinnversorger der Vereinigten Staaten. Wie in Persien um Petroleum, geht es in Bolivien um Zinn, wie in Persien Moskau im Hintergrund steht, lauscht in Bolivien Argentiniens Peron hinter den Kulissen - und zum mindesten vor dem Theaterausgang dürfte Stalin gespannt warten...

92 Prozent der bolivianischen Zinnproduktion werden von drei Konzernen kontrolliert, von denen zwei nordamerikanische Interessen vertreten, während die dritte (kleinere) englische und chilenische Bindungen hat. Die beiden Präsidentschaftskandidaten, die am meisten Stimmen auf sich vereinten, forderten beide in ihren Programmen die Nationalisierung der Zinngruben. Im Hintergrund der letzten und auch der vorangegangenen Revolutionen stehen diese Zinngruben und die vielen in- und ausländischen Interessen, in allen politischen Färbungen schillernd.

Boliviens Nationalreichtum, das Zinn, bestreitet 90 Prozent der bolivianischen Ausfuhr. Es geht um die Beschaffung des für die Durchführung des nordamerikanischen Aufrüstungsprogrammes notwendigen Zinns. Es geht darum, ob Sowjetrussland via Argentinien und

durch eine "Nationalisierung" der bolivianischen Zinngruben nach argentinischem Muster Zinn in Bolivien aufkaufen kann oder nicht. Für die 40 nach Chile emigrierten bolivianischen Sozialisten und Gewerkschaftsführer geht es jedoch darum, dass das bolivianische Volk endlich aus seinem Nationalreichtum an Zinn, um den sich alle Welt reißt, seinen Anteil bekommt.

Es ist durchaus möglich, dass am bolivianischen Zinnproblem sich der "kalte Krieg" zwischen Buenos Aires und Washington "erhitzt". Moskau bzw. sein Geschäftsträger haben in Buenos Aires mit dem Führer der nationalrevolutionären bolivianischen Bewegung, Paz Estensoro, Fühlung genommen, Washington weiss das. Die bolivianischen Sozialisten in Chile sind aufs entschiedenste dagegen, dass die Zinnarbeiter sich für die nationalrevolutionäre Bewegung oder die Kommunisten einsetzen lassen - aber sie sind auch dagegen, dass die gegenwärtigen Verhältnisse in den Zinngruben aufrechterhalten werden - und natürlich auch dagegen, dass Bolivien, wie schon einmal im Weltkrieg, zu einer Art USA-Protectorat wird. Nach dem persischen Erdöl hat das bolivianische Zinn eins der heikelsten Probleme der gegenwärtigen Weltsituation geschaffen.

+ + +

"Geheime Reichssache"

- - - - -

J.F.F. In den zwölf Jahren des tausendjährigen Reiches war es Brauch, jede Entscheidung von einiger Wichtigkeit als "Geheime Reichssache" zu behandeln. Das Volk erfuhr von der getroffenen Entscheidung durch die Zeitung, es wurde vor vollendete Tatsachen gestellt und hatte zu gehorchen. Jede Meinungsäußerung, vor oder nach der Vollendung der Tatsache, war verboten.

Heute ist das anders - im Prinzip wenigstens. In der Praxis gibt es immer noch Dinge, die man unter Ausschluss der Öffentlichkeit regeln möchte. Zum Beispiel die Entwicklung um den Rundfunk.

Nur ein Rundfunk, der in der lebendigen Anteilnahme seiner Hörer wächst und sich forat, kann demokratisch sein. In den letzten Wochen wurde zwar mehr als genug, leider nicht immer Zutreffendes, über den Rundfunk berichtet. Über die wichtigste Frage jedoch, wie das zukünftige deutsche Rundfunkgesetz beschaffen sein soll, das Gesetz, das den Rundfunk der Demokratie sichern und seinen Missbrauch

als Propagandainstrument verhindern soll, wurde nichts bekannt. In der kürzlichen Bundestagsdebatte vernahm man hierüber nur unbestimmte Andeutungen des Innenministers.

Der harmlose Hörer könnte sich damit beruhigen, dass konkrete Pläne noch nicht bestehen. Aber in Bonn spricht man von einem Gesetzentwurf, der im Innenministerium bereit liegt. Eingeweihte wissen auch, dass sowohl die Kultusminister als auch die Rundfunkintendanten noch je einen besonderen Entwurf ausgearbeitet haben. Warum legen die Verfasser solcher Entwürfe ihre Arbeit nicht der Öffentlichkeit vor? Fürchten sie Kritik? Sie sollte ihnen willkommen sein. Im Feuer der Kritik kann das Gute an solch wichtigen Gesetzentwürfen nur gehärtet, das Falsche umgeschmolzen werden. Oder will man vielleicht vollendete Tatsachen schaffen, dieses wichtige Gesetz im geeigneten Augenblick im Bundestag durchpeitschen und so die Öffentlichkeit überrumpeln? Das wäre dann die Methode der Vergangenheit in zeitgemässer Abwandlung.

Aber man schweigt sich ja nicht nur über die Pläne zum Bundesrundfunkgesetz aus. Beim NWDR und beim Südwestfunk müssen die von den Alliierten verordneten Statuten durch deutsche Rechtsordnungen ersetzt werden. Auch hier liegen in den Staatskanzleien der französischen Zone die fertigen Entwürfe vor. Sie sind "Geheime Reichssache". Beim NWDR berät eine Unterkommission des Hauptausschusses über ein neues Statut, verhandeln die Ministerpräsidenten über einen Staatsvertrag der beteiligten Länder. Auch hier der Grundsatz "Geheime Reichssache"!

Es geht auch anders - allerdings nicht in Deutschland. Die Engländer wollen das Statut ihres Rundfunks unkrepeln, bei weitem nicht so folgenschwer, wie in Deutschland vorgesehen. Was geschah in England? Vor mehr als Jahresfrist berief man eine Kommission erfahrener und allgemein geachteter Persönlichkeiten, die Verbesserungsvorschläge ausarbeiten soll. Die Arbeit ist jetzt abgeschlossen. Der Bericht der Kommission wurde vor einiger Zeit veröffentlicht und wird nun allgemein diskutiert. Aus dieser Reaktion der Öffentlichkeit wird das Unterhaus, wenn es dann über die BBC zu beraten hat, genau so Anregungen schöpfen, wie aus dem Plan der Beveridge-Kommission selbst. So geschehen in England.

Schlechte Vorbilder

d.g. Der alte rheinische Karnevalsschlager "Wer soll das bezahlen", der einst "Bundeshymne" zu werden drohte, ist schon etwas in Vergessenheit geraten. Die Reiseomnibusse, die aus allen Teilen der Bundesrepublik wieder an den Rhein kommen und ihren Inhalt im Bonner Bundesviertel ausladen, bringen vielfach Menschen in die provisorische Metropole, die inzwischen gelernt haben, dass es mit dem Palaments-"Prunk" nicht weit her ist. Sie haben gesehen, dass die berühmtesten "teuren Kristallvasen" wirklich nur ausgediente Säureballons sind, in die man aus der bundeshauseigenen Gartenanlage frisches Grün gestellt hat oder dass der Plenarsaal eben nur zweckdienlich und würdig, aber keineswegs kostspielig und protzig ausgestattet ist und dass schliesslich das Parlament mit all seinen Einrichtungen im Jahr den Bundesbürger ganze dreissig Pfennig kostet.

Diese Erkenntnis scheint leider gerade bei jenen Schichten keinen Eingang gefunden zu haben, deren Verbindung zur Volksvertretung und den obersten Spitzen unseres Staates besonders eng und verantwortungsvoll sein soll. Das bewiesen in diesen Tagen einige hundert Beamte aus einem grossen nordrhein-westfälischen Verwaltungsgebiet, die auf ihrem Ausflug nach Bonn auch das Bundeshaus besichtigten. Wir wollten diesen Hauptstadtpilgern nicht verargen, dass einige von ihnen der rheinischen Fröhlichkeit durch einige Schoppen nachgeholfen haben mögen. Aber die ganze Gesellschaft jener Landräte und ihrer Mitarbeiter aus der demokratischen Verwaltung fand nichts Besseres, als den Besuch im Plenarsaal mit jenem eingangs zitierten Karnevalsschlager zu krönen. Ein im Bundeshaus bediensteter kleiner Lohnempfänger, der mit der Führung durch das Gebäude beauftragt war, "überschritt" seine dienstlichen Kompetenzen und erlaubte sich den Landräten und ihrem Anhang gegenüber die Bemerkung, dass sich bisher noch niemand zu dieser Art der Verhöhnung des Hauses bereit gefunden habe und dass es ihm merkwürdig berühre, dass ausgerechnet die Beamtenschaft eine solche Kostprobe ihrer demokratischen Geisteshaltung abgibt. Es war mehr als peinlich.

+ + +

Zweimal Lehr

(sp) Am 30. April rief Bundesinnenminister Lehr (auf einer Wahlversammlung) in Göttingen aus: "Wenn Hannover nicht eingreift, dann werden wir handeln..." Er meinte das Verbot der SRP. Und am 4. Mai "handelte" Bonn: es verbot die "Reichsfront", die SA der SRP. 24 Stunden später ging es darum, ob der SRP wie allen anderen Parteien der NWDR für Wahlpropaganda zur Verfügung gestellt werden solle. Der NWDR, beflügelt durch Lehrs starke Worte, und einige demokratische Parteien waren dagegen. Das Bundesinnenministerium nicht. In einem Schreiben an den NWDR vertrat es die Ansicht, dass die SRP mit den anderen Parteien gleich behandelt werden müsse.

Erkläret mir, Graf Gerindur, diesen Zwiespalt der Natur...

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt.